

Newsletter

Tirol-Büro Brüssel



Themen in dieser Ausgabe

Thema der Woche

- [Kommission will Visapolitik reformieren](#) 2

Neues aus den Institutionen

Europäisches Parlament

- [Neues Körperschaftsteuersystem soll „digitale Präsenz“ berücksichtigen](#) 3
- [Ausschuss für konstitutionelle Fragen](#) 3

Rat der Europäischen Union

- [Rahmen für eine hochwertige Lehrlingsausbildung](#) 4
- [Rat für Landwirtschaft und Fischerei](#) 4
- [Rat für auswärtige Angelegenheiten](#) 5
- [Rat für allgemeine Angelegenheiten](#) 5

Europäische Kommission

- [Europäische Migrationsagenda](#) 6
- [EU-Programm für gesunde Ernährung in Schulen](#) 6
- [Erasmus+ wird um Online-Variante erweitert](#) 7

Sonstiges

- [Tagung des Europäischen Rates](#) 8
- [Aus „TTIP Stoppen“ wird „Anders Handeln“](#) 8
- [Rechtsschutz für Umweltschutzorganisationen](#) 9
- [Region Brüssel will EU-Kommission wegen Glyphosats verklagen](#) 9

In eigener Sache

- [Brennacher-Ausstellung](#) 10

Ihre Stimme in Europa

- [Laufende Konsultationen](#) 11

[Aufforderung der EU zur Einreichung von Vorschlägen](#) 12

[Tagesordnungen der Institutionen](#) 13

[Impressum und Abbildungsverzeichnis](#) 13

Vertretung der Europaregion
Tirol-Südtirol-Trentino
bei der EU

Tirol-Büro Brüssel
Rue de Pascale 45
B-1040 Brüssel

Tel.: 0032 2 743 27 00

Fax: 0032 2 742 09 80

E-Mail: info@alpeuregio.eu



Thema der Woche

Kommission will Visapolitik reformieren

Veränderte [EU-Visavorschriften](#) sollen die Visa-Erteilung für legal Reisende beschleunigen und gleichzeitig Sicherheitsstandards fördern. Dazu brachte die Kommission am 14. März einen [Legislativvorschlag](#) ein.



Die Vorschläge zielen darauf ab, den [Visakodex](#) von 2009 durch eine Modernisierung und Straffung der bisherigen EU-Vorschriften an die veränderten Anforderungen anzupassen. Die neuen Herausforderungen in Bereichen wie Migration und Sicherheit erfordern eine Überarbeitung der bestehenden Bestimmungen, so Dimitris Avramopoulos, Kommissar für Migration, Inneres und Bürgerschaft.

Vor allem der Tourismus, der rund 10 % des BIP der EU ausmacht, soll durch die vorgeschlagenen Maßnahmen profitieren. Langwierige und umständliche Verfahren sollen Reisenden zukünftig erspart bleiben.

Die vorgeschlagenen Maßnahmen sehen u. a. schnellere und flexiblere Verfahren zur Visa-Erteilung vor. Demnach soll der Zeitraum für die Entscheidung über Visaanträge von 15 auf 10 Tage verkürzt werden sowie eine elektronische Antragsstellung bereits 6 Monate vor Reiseantritt möglich sein. ([Staaten mit Visa-Pflicht](#))

Weiters sollen zukünftig, um Kurzaufenthalte in der EU zu fördern, Mitgliedstaaten mit EU-Außengrenzen Kurzzeitvisa von bis zu 7 Tagen für das eigene Staatsgebiet erteilen können.

Andererseits sollen die Gebühren zur Beantragung von Visen zukünftig von 60 Euro auf 80 Euro erhöht werden – im [internationalen Vergleich](#) eine der günstigeren Varianten. Diese Anhebung soll es den Mitgliedstaaten ermöglichen, in ihren Konsulaten weiterhin Sicherheitsüberprüfungen und Anträge in einem angemessenen Zeitraum und in gewohnt hoher Qualität durchführen zu können.

Die vorgeschlagenen Änderungen des Visakodexes sind der erste Schritt bei der Reform der gemeinsamen Visapolitik der EU. Im Laufe des Frühjahres 2018 wird ein weiterer Vorschlag zur Aktualisierung des Visa-Informationssystems ([VIS](#)) folgen.

[Mehr Informationen](#)





Europäisches Parlament

Neues Körperschaftsteuersystem soll „digitale Präsenz“ berücksichtigen

Das Europäische Parlament hat am 15. März eine [legislative Entschließung](#) zum [Vorschlag der Kommission](#) für eine Richtlinie über eine Gemeinsame konsolidierte Körperschaftsteuer-Bemessungsgrundlage ([GKKB](#)) verabschiedet.

Bereits am [19. Februar](#) hatte der EP-Ausschuss für Wirtschaft und Währung (ECON) darüber abgestimmt.

Die [Vorschläge](#) enthalten Benchmarks, anhand derer die digitale Präsenz eines Unternehmens in einem Mitgliedstaat eruiert werden kann, wobei eine Niederlassung in diesem Staat nicht erforderlich ist. Online-Aktivitäten digitaler Unternehmen sollen somit zukünftig zur Steuerberechnung herangezogen werden können.

Durch diesen Vorstoß, mit dem die Schaffung eines einheitlichen und fairen EU-Körperschaftsteuersystems angestrebt wird, sollen Unternehmen ihre Steuern künftig dort abführen, wo ihre Gewinne tatsächlich erwirtschaftet werden.

Der Vorschlag wurde von den Abgeordneten mit 438 gegen 145 Stimmen bei 69 Enthaltungen angenommen.

[Mehr Informationen](#)

Ausschuss für konstitutionelle Fragen

Am 21. März tagte der Ausschuss für konstitutionelle Fragen (AFCO) des Europäischen Parlaments.

Auf der Tagesordnung standen u. a. eine Aussprache mit der europäischen Bürgerbeauftragten, Emily O'Reilly, über die Transparenz in den Organen der EU sowie ein Meinungsaustausch betreffend den aktuellen Stand der laufenden Brexit-Verhandlungen mit Danuta Maria Hübner, Mitglied der Lenkungsgruppe zum Brexit.

Weiters standen Abstimmungen bezüglich des [Kommissionsvorschlags](#) zur [Verordnung](#) über das Statut und die Finanzierung

europäischer politischer Parteien und europäischer politischer Stiftungen sowie zur Lage in Ungarn gemäß der [Entschließung](#) des Europäischen Parlaments vom 17. Mai 2017.

Darüber hinaus prüfte der Ausschuss einen Entwurf des Berichts zum [Vorschlag der Kommission](#) für eine Verordnung über die Europäische Bürgerinitiative.

[Mehr Informationen](#)



Rat der Europäischen Union

Rahmen für eine hochwertige Lehrlingsausbildung

Der Rat für Beschäftigung und Soziales hat am 15. März einen [Europäischen Rahmen für eine hochwertige und nachhaltige Lehrlingsausbildung](#) festgelegt.

Die Empfehlungen des Rates sollen vor allem jungen Menschen bei ihrem Einstieg in den Arbeitsmarkt zugutekommen. Kriterien für die Lern- und Arbeitsbedingungen stehen dabei im Mittelpunkt. Demnach sollen die Rechte und Pflichten der Auszubildenden bzw. der ArbeitgeberInnen sowie gegebenenfalls der Bildungs- oder Ausbildungseinrichtung vertraglich festgelegt werden. Weiters muss die Ausbildung eine anerkannte Qualifikation zum Ziel haben und

dem Auszubildenden ein Entgelt oder eine sonstige angemessene Entschädigung entrichtet sowie ein Anrecht auf Sozialschutz zugestanden werden.

Die Vorschläge fußen auf der Erklärung des Rates zur [Europäischen Ausbildungsallianz](#) vom Oktober 2013.

[Mehr Informationen](#)

Rat für Landwirtschaft und Fischerei

Am 19. März kamen in Brüssel die MinisterInnen für Landwirtschaft und Fischerei zu einer Aussprache zusammen. Österreich war durch Bundesministerin Elisabeth Köstinger vertreten.

Die MinisterInnen diskutierten u. a. die [Mitteilung](#) der Kommission über die Zukunft der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP). Ein Großteil der Mitgliedstaaten brachte während der Debatte diesbezüglich seine Unterstützung zu den Schlussfolgerungen des Ratsvorsitzes zum Ausdruck.

Die Kommission präsentierte weiters ihren [Vorschlag](#) für einen Mehrjahresplan für Grundfischbestände im westlichen Mittelmeer. Die Vorschläge beinhalten [Managementmaßnahmen](#) bezüglich

zukünftiger nachhaltiger Befischung, damit sich Fischbestände wieder erholen können.

Weitere Tagesordnungspunkte waren u. a. die [gemeinsame Erklärung](#) Estlands, Lettlands, Litauens und Polens zur Mitteilung der Kommission zur Zukunft der GAP sowie die [gemeinsame Erklärung](#) von zehn Mitgliedstaaten – darunter Österreich – zur Entwicklung der Süßwasseraquakultur in der EU nach 2020.

[Mehr Informationen](#)



Rat für auswärtige Angelegenheiten

Am 19. März trafen sich die AußenministerInnen der EU zu Gesprächen in Brüssel. Österreich war durch Bundesministerin Karin Kneissl vertreten.

Anfangs wurde eine [gemeinsame Erklärung](#) verabschiedet, in der man dem Vereinigten Königreich uneingeschränkte Solidarität sowie Unterstützung zur Aufklärung des Salisbury-Attentats zusagte.

Im Anschluss diskutierten die MinisterInnen die neuesten Entwicklungen im Syrien-Konflikt mit Staffan de Mistura, dem Sondergesandten des [UN-Generalsekretärs für Syrien](#), sowie den Nuklear-Deal mit dem Iran ([JCPOA](#)) und unterstrichen diesbezüglich die Notwendigkeit eines kontinuierlichen

Kooperationsengagements aller beteiligten Parteien.

Weitere Tagesordnungspunkte waren u. a. eine [Aussprache](#) mit der südkoreanischen Außenministerin Kang Kyung-wha betreffend die jüngsten Ankündigungen der Führung von Nordkorea (DVRK) sowie ein Meinungsaustausch über den [Besuch](#) von Federica Mogherini in Kiew am 11. März.

[Mehr Informationen](#)

Rat für allgemeine Angelegenheiten

Im Rahmen der Tagung des Rates für allgemeine Angelegenheiten am 20. März wurde u. a. der Zeitraum zur Wahl des Europäischen Parlaments (EP) fixiert. Österreich war durch Bundesminister Gernot Blümel vertreten.

Der [Ratsbeschluss](#) zur Festlegung des Zeitraumes für die EP-Wahl 2019 ([23. bis 26. Mai 2019](#)) wird in Folge dem Parlament zur Kenntnisnahme vorgelegt werden. Die formale Beschlussfassung im Rat wird Ende Juni erwartet.

Weiters erörterten die MinisterInnen, in Vorbereitung der Tagung des Europäischen Rates am 22. und 23. März, den [Entwurf](#) der vorgesehenen Verabschiedungen von Schlussfolgerungen.

Auf der Tagesordnung standen u. a. die Annahme einer [Entscheidung](#) über ein [Abkommen](#) der EU mit den USA über Aufsichtsmaßnahmen für die Versicherung und die Rückversicherung sowie die Überprüfung des [Entwurfs](#) einer Empfehlung zur Wirtschaftspolitik des Euro-Währungsgebiets.

[Mehr Informationen](#)



Europäische Kommission

Europäische Migrationsagenda

Am 14. März veröffentlichte die Kommission ihren [Bericht](#) über die Fortschritte im Rahmen der [Europäischen Migrationsagenda](#) sowie weitere Maßnahmen für eine europäische Lösung.

Laut dem Bericht sind die irregulären Grenzübertritte im Jahr 2017 um 28 % auf rund 205.000 gesunken. Die gestellten Asylanträge waren mit 685.000 jedoch immer noch auf einem hohen Niveau.

„Angesichts des Rückgangs der Zahl der Neuankömmlinge um fast 30 % im Vergleich zum Vorkrisenjahr 2014 ist es an der Zeit, unsere Anstrengungen auf breiter Front zu intensivieren und nicht nachzulassen“, so

Dimitris Avramopoulos, Kommissar für Migration, Inneres und Bürgerschaft.

Der wichtigste Schritt in nächster Zukunft sei demnach die Reform der [Dublin III-Verordnung](#) als Basis für eine faire EU-weite Migrationspolitik.

[Mehr Informationen](#)

EU-Programm für gesunde Ernährung in Schulen

Im Schuljahr 16/17 haben mehr als 12,2 Mio. Kinder an 79 000 Schulen am EU-Programm für Schulobst und -gemüse sowie weitere 18 Mio. Kinder am EU-Schulmilchprogramm teilgenommen.

Die [EU-Programme](#) fördern neben der Verteilung gesunder Lebensmittel auch das Verständnis über die Produktion von Lebensmitteln durch spezifische pädagogische Maßnahmen. ([Länderberichte](#))

Die Auswahl der Produkte erfolgt auf Grund von Abwägungen bezüglich der Gesundheit und Umwelt sowie der saisonalen beziehungsweise allgemeinen Verfügbarkeit.

Diesbezüglich können Mitgliedstaaten ihre Schwerpunkte auf regionale sowie lokale

Erzeugnisse, ökologisch hergestellte Produkte oder kurze Versorgungsketten setzen.

Für das Schuljahr 18/19 sind 251 Mio. Euro dafür vorgesehen. In Österreich beträgt die Fördersumme für das nächste Schuljahr rund 4 Mio. Euro.

[Mehr Informationen](#)



Erasmus+ wird um Online-Variante erweitert

Die Kommission hat am 15. März das Projekt [Virtueller Erasmus+-Austausch](#) gestartet. In den kommenden zwei Jahren sollen davon rund 25.000 junge Menschen profitieren.

Ziel ist es, den interkulturellen Dialog im Sinne der [Pariser Erklärung](#) verstärkt zu fördern und das auf Mobilität ausgerichtete [Erasmus+-Programm](#) zu ergänzen. Durch moderierte Diskussionsrunden, transnationale Projektgruppen sowie offene Online-Kurse sollen junge Menschen aus ganz Europa und der südlichen Nachbarschaft in Nordafrika zusammengebracht werden.

Die Projekte selbst finden im Rahmen von Hochschulprogrammen oder Jugendprojekten

– 50 Partnerschaften konnten bereits geschlossen werden – statt.

Das Programm ist vorerst zeitlich begrenzt und soll Ende 2019 auslaufen. Je nach Erfolgsbilanz könnte es sich jedoch als Ergänzungstool zu Erasmus+, als Standardmaßnahme, etablieren.

[Mehr Informationen](#)



Sonstiges

Tagung des Europäischen Rates

Am 22. und 23. März werden in Brüssel die Staats- und Regierungschefs zum Europäischen Rat zusammenkommen. Für Österreich wird Bundeskanzler Sebastian Kurz erwartet.

Im [Mittelpunkt](#) werden vor allem Wirtschaftsthemen, Steuern und die Außenpolitik stehen.

Demnach werden die EU-Führungsspitzen Schlussfolgerungen zum Fortschritt der Umsetzung der [Binnenmarktstrategie](#) sowie der [Strategie für einen digitalen Binnenmarkt](#), des [Aktionsplans zur Kapitalmarktunion](#) und der [Energieunion](#) annehmen. Weiters sollen Steuerfragen bezüglich der digitalen Wirtschaft sowie Handelsfragen, insbesondere die Handelsbeschränkungen

der USA auf Stahl und Aluminium, erläutert werden.

Im Anschluss wird im [EU-27-Format](#) der Verhandlungsstand der [Brexit-Verhandlungen](#) erläutert werden. Zudem werden die Euro-Länder eine Aussprache über die langfristige Entwicklung der Wirtschafts- und Währungsunion führen.

[Mehr Informationen](#)

Aus „TTIP Stoppen“ wird „Anders Handeln“

Das Bündnis „TTIP stoppen“ wird auf Grund aktueller Verhandlungen zu Handelsabkommen zur Plattform [„Anders Handeln – Globalisierung gerecht gestalten“](#).

Dieser Schritt ist nötig, um auf die rund 30 aktuell auszuverhandelnden Handelsabkommen angemessen reagieren zu können. Neoliberale Ansätze in zukünftigen Handelsabkommen müssten durch eine Handelspolitik, die den Mensch und Umwelt ins Zentrum rückt, ersetzt werden. Weiters müsse die Handelspolitik der EU vermehrt darauf ausgerichtet werden, die Kluft zwischen Arm und Reich zu begrenzen sowie den Klimawandel und Überbewirtschaftung zu bekämpfen, so die Initiatoren.

Die neue Kampagne beinhaltet u. a. Forderungen nach einer transparenten Verhandlungsführung sowie für den Schutz öffentlicher Güter wie Bildung, Gesundheit und Wasser und die Aufnahme höchster Umwelt-, Arbeits- und Sozialstandards als zentrale Punkte in die Handlungspositionen der EU.

[Mehr Informationen](#)



Rechtsschutz für Umweltschutzorganisationen

Der Verwaltungsgerichtshof (VwGH) hat am 15. März bestätigt, dass den Umweltschutzorganisationen in Österreich mehr Rechte zukommen müssen.

Der VwGH stellte fest, dass Umweltorganisationen bei Verfahren eine Parteienstellung inne haben und damit angehört werden müssen. Durch dieses Erkenntnis werden Nichtregierungsorganisationen (NGOs) umfangreiche rechtliche Möglichkeiten eingeräumt, um gegen Entscheidungen vorgehen zu können.

Seit der Ratifizierung der [Aarhus-Konvention](#) der UNO im Jahr 2005 hat es der österreichische Gesetzgeber verabsäumt, die

ratifizierten Bestimmungen bezüglich des Rechtsschutzes in nationales Recht umzuwandeln. Dies zeigt sich auch in einem Urteil des Europäischen Gerichtshofes von Dezember 2017.

In Folge des Erkenntnisses des VwGH müsse die Rechtssicherheit durch eine Adaptierung der aktuellen Rechtslage wieder hergestellt werden, so Thomas Alge, Umweltjurist und Geschäftsführer von [ÖKOBÜRO](#).

[Mehr Informationen](#)

Region Brüssel will EU-Kommission wegen Glyphosats verklagen

Auf Grund der Verlängerung der Zulassung des umstrittenen Pflanzenschutzmittels Glyphosat will die Region Brüssel die Kommission vor den Europäischen Gerichtshof (EuGH) bringen.

Nach Auffassung der Regierung der Region Brüssel liegt durch die Entscheidung der Kommission ein Verstoß gegen das Vorsorgeprinzip vor, das im Falle wissenschaftlicher Unklarheit über ein Gesundheits- oder Umweltrisiko Vorsichtsmaßnahmen vorschreibt.

„Die wissenschaftlichen Bewertungen, die der Neuzulassung zugrunde lagen, basieren viel zu sehr auf von der Industrie in Auftrag

gegebenen und zur Verfügung gestellten Analysen“, so Stéphane Vanwijnsberghe, Mitarbeiter im Büro von Céline Fremault, Umweltministerin von Brüssel.

Ob die Klage überhaupt angenommen wird, ist derzeit noch völlig unklar, da der EuGH prinzipiell nur Klagen von Staaten gestattet.

[Mehr Informationen](#)



In eigener Sache

Brennacher-Ausstellung

Auf Einladung von Dr. Richard Seeber eröffneten am 20. März MEP Dorfmann und Kunsthistorikerin Dr. Berti die Ausstellung der Tiroler Künstlerin [Julia Brennacher](#) in der Gemeinsamen Vertretung der Europaregion Tirol-Südtirol-Trentino bei der EU.



Julia Brennacher zählt zu einer jungen Generation von KünstlerInnen, welche die Reflexion der Malerei seit der Moderne weniger als historische Belastung denn als Spielwiese betrachten. Ihre Gemälde entwickeln sich aus einem originären, unbefangenen Interesse an der Sprache der

Malerei. Sie sind eine präzise Auseinandersetzung mit ihren Grundbedingungen, aber auch mit den subtilen historischen Tönen, Bedeutungen und Wirkungen, die jedes Element der malerischen Syntax begleiten.





Ihre Stimme in Europa

Laufende Konsultationen

„Ihre Stimme in Europa“ ist das Portal der Europäischen Kommission für Konsultationen und Rückmeldungen. Hier haben Sie die Möglichkeit, sich während verschiedener Phasen des Beschlussfassungsverfahrens zu EU-Strategien zu äußern.

[Fitness check on the EU framework for public reporting by companies](#)

Finanzstabilität, Finanzdienste und Kapitalmarktunion

21 März 2018 - 21 Juli 2018

[Öffentliche Konsultation über gemeinsame Vorschriften für den Betrieb von EU-Luftfahrtunternehmen im Luftverkehrsbinnenmarkt](#)

Mobilität und Verkehr

15 März 2018 - 07 Juni 2018

[Evaluation of the EU framework for taxation of energy products and electricity](#)

Steuern, Umwelt

12 März 2018 - 04 Juni 2018

[Die Maßnahme für das Europäische Kulturerbe-Siegel](#)

Kultur und Medien

02 März 2018 - 24 Mai 2018

[Public consultation on ecodesign requirements for standby, networked standby and off mode electric power consumption](#)

Energieeffizienz

02 März 2018 - 24 Mai 2018

[Exploratory Public Consultation on the establishment in the EU of Decisions relating to binding information in the field of customs valuation](#)

Berechnung von Zöllen, Zollverfahren, Int. Zusammenarbeit im Zollwesen

01 März 2018 - 01 Juni 2018

[Exchange of data to combat VAT fraud in the e-commerce](#)

Steuern

27 Februar 2018 - 25 April 2018

[Öffentliche Konsultation zur Bewertung der Politikkohärenz im Interesse der Entwicklung](#)

Internationale Zusammenarbeit und Entwicklung

20 Februar 2018 - 31 Mai 2018



Aufforderung der EU zur Einreichung von Vorschlägen

<u>Forschung und Innovation</u>			
Gesundheit, Gesellschaft, Forschung	Exploiting research outcomes and application potential of the human microbiome for personalised prediction, prevention and treatment of disease	18.04.2018	€ 50.000.000
Gesundheit, Gesellschaft, Forschung	Rare Disease European Joint Programme Cofund	18.04.2018	€ 55.000.000
Biomedizinische Forschung, Gesundheit, Daten, Technologie	International flagship collaboration with Canada for human data storage, integration and sharing to enable personalised medicine approaches	18.04.2018	€ 40.000.000

Instrument zur Fördermittelsuche

[Instrument zur Fördermittelsuche deutsche Version](#)

[Instrument zur Fördermittelsuche italienische Version](#)



Europäische Kommission

Die Tagesordnung der wöchentlichen Sitzung der Europäischen Kommission finden Sie [hier](#).

Europäisches Parlament

Den Entwurf der Tagesordnung finden Sie [hier](#).

Den Video-Stream der letzten Plenarsitzung finden Sie [hier](#).

Rat der Europäischen Union

Die aktuellen Ratssitzungen finden Sie [hier](#).

Europäischer Gerichtshof

Zum Kalender des Europäischen Gerichtshofs für die folgende Woche gelangen Sie [hier](#).

Ausschuss der Regionen

Zum Sitzungskalender des AdR gelangen Sie [hier](#).

Stellenausschreibungen: <http://www.eurobrussels.com/>

Interessante Veröffentlichungen aus der EU:

<https://bookshop.europa.eu/de/home/>

Impressum

Vertretung des Landes Tirol bei der EU
Rue de Pascale 45-47
B-1040 Brüssel

Tel.: 0032 2 743 27 00
Fax: 0032 2 742 09 80
E-Mail: info@alpeuregio.eu
Homepage: www.alpeuregio.org

Redaktion und Bearbeitung:
Direktor Mag. Dr. Richard Seeber
Elias Pirker

Abbildungsverzeichnis

[finchannel](#)
[Kommission](#)
eigene Aufnahmen